

Amtlicher Teil

Nr. 1048 Stellenausschreibung, Besetzung einer Stelle als Ausbildungsarzt/-ärztin an der Univ.-Klinik Innsbruck

Nr. 1049 Verordnung der Landesregierung vom 13. Dezember 2012 über die Festsetzung der Aufenthaltsabgabe im Gebiet des Tourismusverbandes Innsbruck und seine Feriendörfer

Nr. 1050 Verordnung des Amtes der Tiroler Landesregierung über die Jugendzulässigkeit von Filmen

Nr. 1051 Kundmachung der Landesregierung über die Genehmigung einer Vereinbarung gemäß § 3 Abs. 3 des Gesetzes über die Lawinenkommissionen in den Gemeinden

Nr. 1052 Kundmachung über die Auflegung der Entwürfe eines Flächenwidmungs- und eines Bebauungsplanes der Landeshauptstadt Innsbruck

Nr. 1053 Kundmachung über die Ausschreibung der Prüfung über die jagdliche Eignung zur Erlangung der Tiroler Jagdkarte für den Verwaltungsbereich der Bezirksverwaltungsbehörde Innsbruck-Stadt

Nr. 1054 Kundmachung über die Auflegung des Entwurfes der ersten Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzeptes der Gemeinde Uderns

Nr. 1055 Kundmachung über die Auflegung des Entwurfes einer Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Westendorf

Nr. 1056 Verlautbarung der Geschäftsverteilung des Unabhängigen Verwaltungssenates in Tirol für das Jahr 2013

Nr. 1057 Offenes Verfahren: Glaserarbeiten für den Zu- und Umbau des Wirtschaftsgebäudes beim Tiroler Bildungsinstitut Grillhof in Vill

Nr. 1058 Offenes Verfahren: Schlosserarbeiten – Brandschutzportale für den Zu- und Umbau des Wirtschaftsgebäudes beim Tiroler Bildungsinstitut Grillhof in Vill

Nr. 1059 Offenes Verfahren: Lieferung eines Tanklöschfahrzeuges für die Gemeinde Flauring

Nr. 1060 Offenes Verfahren: Bauleistungen zur Oberflächen- und Basisabdichtung der Deponie Lavant für den Abfallwirtschaftsverband Osttirol

Nr. 1061 Offenes Verfahren: Zimmermeisterarbeiten und Trockenbauarbeiten für das Sonderpädagogische Zentrum Hutterweg 1a in Innsbruck

Nr. 1062 Offenes Verfahren: Baumeisterarbeiten, Elektroarbeiten, Kaminsanierung sowie Maler- und Anstreicherarbeiten in Objekten, die im Eigentum der Innsbrucker Immobilien GmbH & Co KG stehen

Nr. 1063 Offenes Verfahren: Sanitäre und Heizung, Bodenbeläge, Bautischlerarbeiten, Fliesenlegerarbeiten, Baureinigung sowie Feuerlöscher in Objekten, die im Eigentum der Innsbrucker Immobilien GmbH & Co KG stehen

Nr. 1064 Offenes Verfahren: Bauleistungen für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 3 in Innsbruck

Nr. 1065 Verhandlungsverfahren: Sanierung der Hub-schrauberlandeplattform beim Bezirkskrankenhaus Kufstein

Nr. 1066 Verhandlungsverfahren: Lieferung von Dieseldieselkraftstoff für die ÖBB-Shared Service Center GmbH

Nr. 1067 Aufruf zum Wettbewerb: Lieferung von 10, 20, 30/0,4 kv-Kompaktstationen für die TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG

Nr. 1068 Aufruf zum Wettbewerb: Lieferung von Mittelspannungsschaltgeräten und -schaltanlagen für die TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG

Nr. 1069 Öffentliche Ausschreibung: Baumeisterarbeiten, Elektroinstallationen, Photovoltaikarbeiten sowie Sanitär-, Heizungs- und Lüftungsinstallationen für ein Bauvorhaben der „Neuen Heimat Tirol“ in Innsbruck

Nr. 1048 • TILAK - Landeskrankenhaus-Universitätskliniken-Innsbruck • Personalabteilung IVa

STELLENAUSSCHREIBUNG Besetzung einer Stelle als Ausbildungsarzt/-ärztin (100%)

An der Univ.-Klinik für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde gelangt ab 1. Februar 2013 eine Stelle als Ausbildungsarzt/-ärztin für das Sonderfach Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde zur Besetzung.

Beschäftigungsausmaß: 40 Wochenstunden.

Voraussetzung: abgeschlossenes Studium der Humanmedizin.

Bewerbungen sind bis spätestens 9. Jänner 2013 schriftlich oder per E-Mail in der Personalabteilung IVa des Landeskrankenhauses Universitätskliniken Innsbruck, Verwaltungsgebäude, 1. Stock, unter Angabe der Ausschreibungsnummer 1004 einzu-
bringen (E-Mail: lki.personalabteilung4a@tilak.at).

Ausschreibungsnummer: 00001004; **Vakanz:** 30018025.
Innsbruck, 13. Dezember 2012

Der Personalbereichsleiter: Mag. (FH) Christian Lindner

ACHTUNG!

Aufgrund der Weihnachts- und Neujahrs-
feiertage erscheint in der letzten
Kalenderwoche 2012 kein Bote für Tirol.

Redaktionsschluss für Stück 1/2013
(erscheint am 4. Jänner 2013)

ist am Freitag, den 28. Dezember 2012.

Nr. 1049 • Amt der Tiroler Landesregierung • Ilc-17.3018/317-2012

VERORDNUNG
der Landesregierung vom 13. Dezember 2012
über die Festsetzung der Aufenthalts-
abgabe im Gebiet des Tourismusverbandes
Innsbruck und seine Feriendörfer

Aufgrund des § 6 Abs. 2 bis 4 des Tiroler Aufenthaltsabgabegesetzes 2003, LGBl. Nr. 85, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 77/2010, wird nach Anhören der Gemeinden Aldrans, Ampass, Axams, Birgitz, Ellbögen, Flauring, Götzens, Gries im Sellrain, Grinzens, Hatting, Innsbruck, Inzing, Kematen in Tirol, Lans, Mieming, Mötz, Mutters, Natters, Oberhofen im Inntal, Oberperfuss, Obsteig, Patsch, Pettnau, Pfaffenhofen, Polling in Tirol, Ranggen, Rietz, Rinn, Rum, Schönberg im Stubaital, Sellrain, Silz, Sistrans, St. Sigmund im Sellrain, Stams, Telfs, Unterperfuss, Völs, Wildermieming und Zirl verordnet:

§ 1

Für das Gebiet des Tourismusverbandes Innsbruck und seine Feriendörfer wird die Aufenthaltsabgabe je Nächtigung

- a) in den Gemeinden Mieming, Obsteig und Wildermieming mit € 2,-,
 - b) im Ortsteil Kühtai der Gemeinde Silz einschließlich des Gebietes der Zirnbachalm der Gemeinde Stams
 - 1) für die Sommersaison mit € 1,-,
 - 2) für die Wintersaison mit € 2,-,
 - c) im übrigen Gebiet mit € 1,-
- festgesetzt.

§ 2

- (1) Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2013 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Verordnung der Landesregierung Bote für Tirol Nr. 880/2011 außer Kraft.

Der Landeshauptmann: Platter

Der Landesamtsdirektor: Liener

Nr. 1050 • Amt der Tiroler Landesregierung • Ib-24562/583-2012

VERORDNUNG
des Amtes der Landesregierung
über die Jugendzulässigkeit von Filmen

Gemäß § 21 des Tiroler Veranstaltungsgesetzes 2003 wird nach Anhörung der Jugendmedienkommission beim Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur die Jugendzulässigkeit von nachstehenden Filmen wie folgt festgesetzt:

frei ab dem vollendeten 8. Lebensjahr:

„Ruby Sparks – Meine fabelhafte Freundin“ (106 Minuten);

frei ab dem vollendeten 10. Lebensjahr:

„Anna Karenina“ (130 Minuten);

frei ab dem vollendeten 12. Lebensjahr:

„Beasts of the Southern Wild“ (94 Minuten).

Innsbruck, 10. Dezember 2012

Für das Amt der Landesregierung: Scheiring

Nr. 1051 • Amt der Tiroler Landesregierung • KAT-8.013/172

KUNDMACHUNG
der Landesregierung über die Genehmigung
einer Vereinbarung gemäß § 3 Abs. 3 des Gesetzes
über die Lawinenkommissionen in den Gemein-
den, LGBl. Nr. 104/1991, in der Fassung
des Gesetzes LGBl. Nr. 111/2001

Gemäß § 3 Abs. 3 des Gesetzes über die Lawinenkommissionen in den Gemeinden, LGBl. Nr. 104/1991, in der Fas-

sung des Gesetzes LGBl. Nr. 111/2001, wird verlautbart:

Die Landesregierung hat mit Bescheid vom 11. Oktober 2012, Zl. KAT-8.013/170, dem zwischen der Gemeinde Bichlbach und der Gemeinde Lermoos abgeschlossenen Vertrag, mit dem die Aufgaben der Lawinenkommission Bichlbach nach § 3 Abs. 1 lit. b des Gesetzes vom 10. Oktober 1991 über die Lawinenkommissionen in den Gemeinden, LGBl. Nr. 104/1991, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 111/2001, im Bereich der möglichen Gefährdung und Ausuferung einer Lawine am Lichteberg (nördlich und südlich der Bundesstraße B 179) der Lawinenkommission Lermoos zeitlich befristet übertragen werden, gemäß § 3 Abs. 3 leg. cit. die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Innsbruck, 6. Dezember 2012

Für die Landesregierung: Dr. Walter

Nr. 1052 • Stadtgemeinde Innsbruck

KUNDMACHUNG
über die Auflegung der Entwürfe eines
Flächenwidmungs- und eines Bebauungsplanes

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Innsbruck hat in seiner Sitzung vom 13. Dezember 2012 die Auflegung folgender Entwürfe beschlossen:

Zahl III-11272/2012: Entwurf des Flächenwidmungsplanes Nr. MÜ-F14, Mühlau, Bereich Hans-Maier-Straße 3;

Zahl III-11273/2012: Entwurf des Bebauungsplanes und ergänzenden Bebauungsplanes Nr. MÜ-B13, Mühlau, Bereich Hans-Maier-Straße 3.

Diese Entwürfe sind während der Amtsstunden im Stadtmagistrat Innsbruck in den Schaukästen der Magistratsabteilung III/ Stadtplanung einsehbar. **Die Auflegung erfolgt vom 27. Dezember 2012 bis einschließlich 24. Jänner 2013.**

Informationen zu den aufgelegten Entwürfen können während der Parteienverkehrszeit (von 8 bis 10 Uhr) eingeholt werden.

Personen, die in der Landeshauptstadt Innsbruck ihren Hauptwohnsitz haben und Rechtsträgern, die in der Landeshauptstadt Innsbruck eine Liegenschaft oder einen Betrieb besitzen, steht das Recht zu, bis spätestens eine Woche nach dem Ablauf der Auflegungsfrist eine schriftliche Stellungnahme zu den Entwürfen abzugeben.

Innsbruck, 14. Dezember 2012

Für den Gemeinderat:

Baudirektor Dipl.-Ing. Maizner

Nr. 1053 • Stadt Innsbruck • Magistratsabteilung II •
 Zl. II-BGV-05525e/2012

KUNDMACHUNG
über die Ausschreibung der Prüfung über die
jadgliche Eignung zur Erlangung der Tiroler Jagdkarte

Die gemäß § 2 Abs. 3 der Ersten Durchführungsverordnung zum Tiroler Jagdgesetz 2004, LGBl. Nr. 42/2004, in der Fassung der Verordnung LGBl. Nr. 37/2006, jährlich abzuhaltende Prüfung über die jagdliche Eignung zur Erlangung der Tiroler Jagdkarte wird für den Verwaltungsbereich der Bezirksverwaltungsbehörde Innsbruck-Stadt auf folgende Termine ausgeschrieben:

Samstag, 16. März 2013

(praktische Schießübung und Waffenhandhabung am Landeshauptschießstand in Innsbruck/Arzl, Eggenwaldweg 60)

Dienstag, 2. April 2013 bis Freitag, 5. April 2013,
(theoretische Prüfung in der Geschäftsstelle des Tiroler
Jägerverbandes in Innsbruck, Adamgasse 7a).

Zur Prüfung werden nur Personen zugelassen, die ihren
Hauptwohnsitz im Verwaltungsbereich der Landeshauptstadt
Innsbruck haben bzw. solche Personen, die in Tirol keinen
Hauptwohnsitz haben, aber im Bereich der Stadtgemeinde
Innsbruck die Jagd ausüben wollen.

Bewerber um Zulassung zur Prüfung werden eingeladen,
ein schriftliches Ansuchen, aus welchem Vor- und Zuname,
Geburtsdatum, Geburtsort, Wohnanschrift, Beruf und Staats-
bürgerschaft hervorgehen, bis spätestens

Donnerstag, den 28. Februar 2013,

beim Stadtmagistrat Innsbruck, Abteilung II, Allgemeine Be-
zirks- und Gemeindeverwaltung, Maria-Theresien-Straße 18,
einzubringen.

Über die Zulassung zur Prüfung und die Festsetzung des
Prüfungstermines werden die Prüfungswerber schriftlich ver-
ständigt.

Hinsichtlich des Umfangs des Prüfungsstoffes für die theo-
retische Prüfung wird auf die Bestimmungen des § 4 Abs. 2
der Ersten Durchführungsverordnung zum Tiroler Jagdgesetz
2004, LGBl. Nr. 42/2004, in der Fassung der Verordnung LGBl.
Nr. 37/2006, hinsichtlich der Durchführung der praktischen
Schießübung auf Abs. 3 leg. cit. verwiesen.

Innsbruck, 13. Dezember 2012

Für die Bürgermeisterin: Dr. Hochschwarzer

Nr. 1054 • Gemeinde Uderns

KUNDMACHUNG
über die Auflegung des Entwurfes
der ersten Fortschreibung des örtlichen
Raumordnungskonzeptes

Der Gemeinderat der Gemeinde Uderns hat in seiner
Sitzung vom 17. Dezember 2012 beschlossen, gemäß § 64
Abs. 1 und 3 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2011 – TROG
2011, LGBl. Nr. 56, in Verbindung mit § 6 des Tiroler Umwelt-
prüfungsgesetzes – TUP, LGBl. Nr. 34/2005, den Entwurf der
ersten Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzeptes
der Gemeinde Uderns während sechs Wochen zur öffentlichen
Einsichtnahme aufzulegen. Im Rahmen des Auflegungsverfah-
rens erfolgt die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 6 Abs. 1
TUP.

**Darstellung des wesentlichen Inhalts (§ 6 Abs. 4 lit. a
TUP):** Gemäß § 31a Abs. 2 TROG 2011 hat die Gemeinde
spätestens bis zum Ablauf des zehnten Jahres nach dem
Inkrafttreten des örtlichen Raumordnungskonzeptes dessen
Fortschreibung zu beschließen. Die Fortschreibung hat gemäß
§ 31a Abs. 1 TROG 2011 für das gesamte Gemeindegebiet zu
erfolgen und ist auf einen Planungszeitraum von weiteren zehn
Jahren auszurichten.

Der von Raumplaner Arch. Dr. Georg Cernusca, Axams,
ausgearbeitete Entwurf, Zl. ÖRK/16/11-01 vom 6. Dezember
2012 enthält die gemäß § 31 TROG 2011 in Verbindung mit
den betreffenden Durchführungsverordnungen geforderten
Inhalte.

**Ort und Zeit der Einsichtnahmemöglichkeit (§ 6 Abs. 4
lit. b TUP):** Die sechswöchige Auflegung erfolgt vom 2. Jän-
ner 2013 bis einschließlich 13. Februar 2013. Die maßgeb-

lichen Unterlagen – Verordnungstext, Pläne, Erläuterungs-
bericht, Bestandsaufnahme und Umweltbericht – liegen
während der Auflegungsfrist zu den Amtsstunden mit Parteien-
verkehr im Gemeindeamt Uderns zur Einsichtnahme auf und
sind im Internet unter (<http://www.gemeinde.uderns.at>) einzu-
sehen.

Hinweis (§ 6 Abs. 4 lit. c TUP): Jedermann steht das Recht
zu, bis spätestens eine Woche nach dem Ablauf der Aufle-
gungsfrist eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf abzu-
geben.

Uderns, 10. Dezember 2012

Der Bürgermeister: Friedl Hanser

Nr. 1055 • Gemeinde Westendorf

KUNDMACHUNG
über die Auflegung des Entwurfes
einer Änderung des Flächenwidmungsplanes

Der Gemeinderat der Gemeinde Westendorf hat in seiner
Sitzung vom 11. Dezember 2012 zur Änderung des Flächen-
widmungsplanes der Gemeinde Westendorf folgenden Be-
schluss gefasst:

**Golfplatzprojekt der Golfplatz Hohe Salve – Brixental
Errichtergesellschaft m.b.H. & Co. KG:**

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemein-
derat der Gemeinde Westendorf mit 13 Ja-Stimmen bei einer
Stimmhaltung gemäß § 70 i. V. m. den §§ 64, 65, und 113
des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2011 – TROG 2011, LGBl.
Nr. 56, und § 64 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes
2006 – TROG 2006, LGBl. Nr. 27, den von Arch. Dipl.-Ing. Franz
Widmann ausgearbeiteten Entwurf, Zahl: wuw-0512a, vom
4. Dezember 2012 über die Änderung des Flächenwidmungs-
planes im Bereich eines Teilstückes des Gst. 1434/1 KG Wes-
tendorf durch sechs Wochen hindurch zur öffentlichen Ein-
sichtnahme aufzulegen.

**Der Entwurf sieht folgende Änderungen des Flächen-
widmungsplanes der Gemeinde Westendorf vor:**

- Änderung der bisherigen „Sonderfläche S 53 – Golfclub-
haus mit Betreiberwohnung und gewerblicher Beherbergung
mit max. 40 Gästebetten“ gemäß § 43 Abs. 1 lit.a des Tiroler
Raumordnungsgesetzes 2011 – TROG 2011 in künftig

- „UVP-pflichtige Sonderfläche S 53 – Golfclubhaus mit Be-
treiberwohnung und gewerblicher Beherbergung mit max. 60
Gästebetten“ gemäß den §§ 43 Abs. 1 lit.a und 49a des Tiroler
Raumordnungsgesetzes 2011 – TROG 2011.

Im Rahmen des Auflegungsverfahrens erfolgt die Betei-
ligung der Öffentlichkeit gemäß § 6 des Tiroler Umweltprü-
fungsgesetzes, LGBl. Nr. 34/2005.

**Die sechswöchige Auflegung erfolgt vom 19. Dezem-
ber 2012 bis einschließlich 30. Jänner 2013.**

Die maßgeblichen Unterlagen – Pläne und Umweltbericht
– liegen während der Auflegungsfrist zu den Amtsstunden mit
Parteienverkehr im Gemeindeamt Westendorf zur Einsicht-
nahme auf und sind im Internet unter nachstehender Adresse
einzusehen: (<http://www.westendorf.tirol.gv.at>)

Hinweis: Jedermann steht das Recht zu, bis spätestens
eine Woche nach dem Ablauf der Auflegungsfrist, eine
schriftliche Stellungnahme zum Entwurf abzugeben.

Westendorf, 13. Dezember 2012

Der Bürgermeister: Anton Margreiter

Nr. 1056 • Unabhängiger Verwaltungssenat in Tirol • uvs-2012/52-6

**VERLAUTBARUNG
der Geschäftsverteilung des Unabhängigen
Verwaltungssenates in Tirol für das Jahr 2013**

Der Geschäftsverteilungsausschuss des Unabhängigen Verwaltungssenates in Tirol hat am 12. Dezember 2012 gemäß den §§ 8b, 12 und 12a des Gesetzes vom 15. Oktober 1990 über den Unabhängigen Verwaltungssenat in Tirol, LGBl. Nr. 74/1990, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 52/2007, beschlossen:

Abschnitt I

§ 1

Zuweisung der Geschäftsfälle

(1) Die Zuweisung der Geschäftsfälle (= Rechts- bzw. Beschwerdesachen) erfolgt durch den Vorsitzenden, bei seiner Verhinderung durch den Stellvertretenden Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung durch jenes Mitglied, das dem Unabhängigen Verwaltungssenat am längsten angehört. Kommen danach mehrere Mitglieder in Betracht, so gibt das Lebensalter den Ausschlag.

(2) Die Zuweisung der Geschäftsfälle erfolgt einmal täglich, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist. Am 1. Jänner und am 1. Juli des Jahres beginnt jeweils eine neue Zuweisungsserie.

(3) Bei der täglichen Zuweisung werden die einlangenden Geschäftsfälle zunächst nach den einzelnen Gruppen (§§ 4 bis 13) geordnet und innerhalb jeder Gruppe alphabetisch gereiht. Sodann werden die Geschäftsfälle, die in Kammerbesetzung zu entscheiden sind, zugewiesen. Danach werden die verbleibenden Geschäftsfälle aus den Gruppen nach den §§ 4 bis 12 zugewiesen. Schließlich erfolgt die Zuweisung der Geschäftsfälle aus der Gruppe nach § 13. Um eine möglichst gleichmäßige Auslastung der Mitglieder zu erreichen, sind bei der Zuweisung der Geschäftsfälle aus der Gruppe nach § 13 bereits zugewiesene Kammergeschäftsfälle sowie sonstige Geschäftsfälle der Gruppen nach den §§ 4 bis 12 insofern zu berücksichtigen, als einem Mitglied Geschäftsfälle der Gruppe nach § 13 nur dann zuzuweisen sind, wenn nicht eines oder mehrere andere Mitglieder eine niedrigere Gesamtbewertungszahl (§ 3) aufweisen.

(4) Ist ein Geschäftsfall verschiedenen Gruppen nach den §§ 4 bis 12 zuzuordnen, ist er jeweils einem Mitglied der einzelnen Gruppen gesondert zuzuweisen und zu bewerten. Gehört das im konkreten Fall zuständige Mitglied der ziffernmäßig niedrigsten Gruppe auch den übrigen in Betracht kommenden Gruppen an, so ist dieser Geschäftsfall diesem Mitglied allein zuzuweisen, allerdings gesondert zu bewerten.

(5) Ist ein Geschäftsfall einer Gruppe nach den §§ 4 bis 12 und der Gruppe nach § 13 zuzuordnen, ist er einem Mitglied der betreffenden Gruppe nach den §§ 4 bis 12 zuzuweisen und als eine Rechtssache zu bewerten.

(6) Sind in einem Geschäftsfall sowohl eine Berufung gegen die Ablehnung eines Wiedereinsetzungsantrages als auch eine Berufung in der Sache selbst enthalten, hat eine gesonderte Bewertung zu erfolgen.

(7) Geschäftsfälle, die am gleichen Tag einlangen, denselben Berufungswerber betreffen und derselben Gruppe nach den §§ 4 bis 13 zuzurechnen sind, werden als verbundene Rechtssachen dem selben Mitglied bzw. der selben Kammer zugewiesen.

(8) Ist ein Geschäftsfall in Kammerbesetzung und durch ein Einzelmitglied zu entscheiden, so ist dieser Geschäftsfall einerseits der jeweiligen Kammer und andererseits dem Vorsitzenden dieser Kammer als Einzelmitglied zuzuweisen, sofern der Vorsitzende Mitglied jener Gruppe ist, in die die Einzelzuständigkeit fällt. Die Bewertung hat gesondert zu erfolgen.

(9) Ist ein verwaltungsstrafrechtlicher Kammer-Geschäftsfall sowohl der Gruppe 11 als auch der Gruppe 12 zuzuordnen, so ist er der Kammer 7 allein zuzuweisen, allerdings gesondert zu bewerten.

(10) Geschäftsfälle nach §§ 9a und 10 sind unmittelbar nach deren Einlangen zuzuweisen und bei der täglichen Zuweisung entsprechend zu berücksichtigen (Abs. 3).

§ 2

Alphabetische Reihung der Geschäftsfälle

(1) Bei Berufungen in Verwaltungsstrafverfahren, die nicht vom Beschuldigten erhoben werden, ist auf den Familiennamen des Beschuldigten abzustellen.

(2) Bei Berufungen in Verwaltungsverfahren, die nicht vom Antragsteller erhoben werden, ist auf den Familiennamen des Antragstellers, bei amtswegigen Verfahren auf den Familiennamen des Betroffenen abzustellen. Bei Verfahren, denen ein Rechtsgeschäft zugrunde liegt, ist auf den Namen des Rechtsanwalts, bei mehreren Rechtsanwälfen auf den Namen des alphabetisch Erstgereihten, abzustellen.

(3) Namensbestandteile wie „von, van, de, di, della, el, al, o, Mc oder ähnliche“ bleiben – unabhängig ob groß- oder kleingeschrieben – außer Betracht. Bei Firmen-, Vereins- oder Clubnamen etc. finden die Namensbestandteile „Verein, Firma oder Club etc.“ keine Berücksichtigung.

§ 3

**Bewertung der Geschäftsfälle,
Zurechnung und Auslastung**

(1) Unbeschadet Abs. 2 und 3 werden die einzelnen Geschäftsfälle grundsätzlich mit jeweils einem Punkt bewertet. Die in § 4 lit. b, § 9a, § 10, § 11 lit. a und f sowie § 12a lit. a, b, c und l erfassten administrativrechtlichen Geschäftsfälle (ausgenommen Berufungen gegen Kostenentscheidungen) werden mit jeweils drei Punkten bewertet.

(2) Kammer-Geschäftsfälle sind, soweit nicht anderes bestimmt ist, dem jeweiligen Kammervorsitzenden zuzurechnen. Kammer-Geschäftsfälle nach dem Beamten- und Lehrer-Kranken und Unfallfürsorgegesetz sind Dr. Sigmund Rosenkranz zuzurechnen. In der Gruppe Landwirtschaftsrecht nach § 7a sind die Kammer-Geschäftsfälle Dr. Christoph Purtscher zuzurechnen. In der Gruppe Gefahrgutbeförderungsrecht sind die Kammer-Geschäftsfälle Dr. Felizitas Schiessendoppler-Luchner zuzurechnen.

(3) Bei den Mitgliedern Dr. Monica Voppichler-Thöni, Mag. Theresia Kantner und Dr. Ines Kroker wird die sich nach Abs. 1 ergebende Punktezahl jeweils bei jedem Geschäftsfall mit dem Faktor 2 multipliziert.

(4) Sofern ein oder mehrere Mitglieder zum 30. Juni bzw. zum 31. Dezember eines jeden Jahres eine Gesamtbewertungszahl aufweisen, die um mehr als fünf Punkte über der niedrigsten Gesamtbewertungszahl aller Mitglieder liegt, ist für diese Mitglieder zu Beginn der neuen Zuweisungsserie (§ 1 Abs. 2) die jeweils über diesen fünf Punkten liegende Bewertungszahl in Anrechnung zu bringen.

(5) Wird einem Mitglied oder einer Kammer ein Geschäftsfall zugewiesen, dessen voraussichtlicher Erledigungsaufwand nicht nur kurzfristig einen überwiegenden Teil seiner Arbeitszeit in Anspruch nimmt, so kann der Geschäftsverteilungsausschuss auf begründeten Antrag für dieses Mitglied oder den Kammervorsitzenden und allenfalls auch den Berichterstatter eine Zuteilungssperre aussprechen. Von dieser Zuteilungssperre nicht erfasst sind Kammerakten. Mit dem Ende der Zuteilungssperre ist beim jeweiligen Mitglied eine Gesamtbewertungszahl anzusetzen, die um einen Punkt unter der Gesamtbewertungszahl jenes oder jener Mitglieder mit der zu diesem Zeitpunkt niedrigsten Gesamtbewertungszahl liegt.

Abschnitt II

§ 4

Gruppe Berufsrecht

1. Dr. Klaus Dollenz
2. Dr. Alois Huber
3. Dr. Monica Voppichler-Thöni
4. Mag. Theresia Kantner
5. Mag. Bettina Weissgatterer
6. Dr. Sigmund Rosenkranz
7. Dr. Ines Kroker

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Allgemeines Sozialversicherungsgesetz – ASVG
- b) Apothekengesetz
- c) ArbeitnehmerInnenschutzgesetz – ASchG
- d) Arbeitsruhegesetz – ARG
- e) Arbeitsverfassungsgesetz – ArbVG
- f) Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz – AVRAG
- g) Arbeitszeitgesetz – AZG
- h) Arzneimittelgesetz – AMG
- i) Ärztegesetz 1998 – ÄrzteG 1998
- j) Ausländerbeschäftigungsgesetz – AusIBG
- k) Bauarbeitenkoordinationsgesetz – BauKG
- l) Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz – BUAG
- m) Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen 1987 – KJBG
- n) Bundesgesetz über die Regelung der gehobenen medizinisch-technischen Dienste – MTD-Gesetz
- o) Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten – KaKuG
- p) Epidemiegesetz 1950
- q) Gesundheits- und Krankenpflegegesetz – GuKG
- r) Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz – GSVG)
- s) Hebammengesetz – HebG
- t) Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz – KA-AZG
- u) Medizinischer Masseur- und Heilmasseurgesetz – MMHmG
- v) Mutterschutzgesetz 1979 – MSchG
- w) Tiroler Krankenanstaltengesetz – Tir KAG
- x) Tuberkulosegesetz

Den Mitgliedern Dr. Monica Voppichler-Thöni, Mag. Theresia Kantner und Dr. Ines Kroker ist jeweils nur jeder zweite auf sie entfallende Geschäftsfälle zuzuweisen.

§ 5

Gruppe Gefahrgutbeförderungsrecht

1. Dr. Martina Strele
2. Dr. Felizitas Schiessendoppler-Luchner

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) ADR – Int. Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße
- b) Containersicherheitsgesetz – CSG
- c) Gefahrgutbeförderungsgesetz

§ 6

Gruppe Verkehrsrecht I

1. Dr. Albin Larcher
2. Dr. Alfred Stöbich
3. Dr. Martina Strele
4. Dr. Franz Triendl
5. Mag. Christian Hengl
6. Dr. Christian Visintainer

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

Administrativrechtlich:

- a) Führerscheinggesetz – FSG
- b) Kraftfahrzeuggesetz – KFG
- c) Luftfahrtgesetz – LFG
- d) Schifffahrtsgesetz – SchFG

Verwaltungsstrafrechtlich:

e) Alkodelikte inkl. Suchtmitteldelikte der StVO und des FSG

Berufungen gegen Straferkenntnisse der Bezirksverwaltungs- oder Bundespolizeibehörde wegen Übertretungen nach § 5 in Verbindung mit § 99 Abs. 1, 1a und 1b StVO sowie nach § 14 Abs. 8 FSG

f) Geschwindigkeitsdelikte im Sinn des § 7 Abs. 3 Z. 4 FSG Berufungen gegen Straferkenntnisse der Bezirksverwaltungs- oder Bundespolizeibehörde, mit denen vorgeworfen wird, die jeweils höchste zulässige Höchstgeschwindigkeit im Ortsgebiet um mehr als 40 km/h oder außerhalb des Ortsgebietes um mehr als 50 km/h überschritten zu haben und die Überschreitung mit einem technischen Hilfsmittel festgestellt wurde

g) Berufungen gegen Straferkenntnisse wegen Übertretungen des Luftfahrtgesetzes

h) Berufungen gegen Straferkenntnisse wegen Übertretungen des Schifffahrtsgesetzes

Geschäftsfälle nach den lit. a, e und f sind, sofern sie den gleichen Berufungswerber betreffen und sich auf den selben Sachverhalt beziehen, dem selben Mitglied zuzuweisen. Sind solche Geschäftsfälle einerseits in Kammerbesetzung und andererseits durch ein Einzelmitglied zu entscheiden, so ist der durch das Einzelmitglied zu entscheidende Geschäftsfälle dem Kammervorsitzenden zuzuweisen.

§ 7a

Gruppe Landwirtschaftsrecht

1. Dr. Christoph Purtscher
2. Dr. Albin Larcher
3. Mag. Barbara Glieber

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz – LMSVG
- b) Pflanzenschutzmittelgesetz 2011
- c) Tierarzneimittelkontrollgesetz – TAKG mit den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen
- d) Tiergesundheitsgesetz – TGG
- e) Tierkennzeichnungs- und Registrierungsverordnung
- f) Tierschutzgesetz – TSchG
- g) Tierseuchengesetz – TSG mit den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen
- h) Tiroler Fischereigesetz 2002
- i) Tiroler Jagdgesetz 2004 – TJG 2004
- j) Tiertransportgesetz 2007 – TTG 2007
- k) Vermarktungsnormengesetz – VNG
- l) Weingesetz 2009

Dem Vorsitzenden Dr. Christoph Purtscher ist nur jeder dritte auf ihn entfallende Geschäftsfälle zuzuweisen.

§ 7b

Gruppe Grundverkehrsrecht

1. Dr. Christoph Purtscher
2. Dr. Sigmund Rosenkranz
3. Dr. Rudolf Rieser
4. Dr. Christian Visintainer

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) nach

dem Tiroler Grundverkehrsgesetz 1996 und dem Tiroler Raumordnungsgesetz 2006 zuzuweisen.

Dem Mitglied Dr. Rudolf Rieser ist nur jeder zweite auf ihn entfallende Geschäftsfall zuzuweisen.

§ 8

Gruppe Sicherheitsrecht

1. Dr. Klaus Dollenz
2. Dr. Alois Huber
3. Dr. Alfred Stöbich
4. Dr. Volker-Georg Wurdinger
5. Dr. Monica Voppichler-Thöni
6. Mag. Theresia Kantner
7. Dr. Rudolf Rieser
8. Mag. Gerold Dünser

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) AIDS-Gesetz 1993
- b) Asylgesetz 2005 – AsylG 2005
- c) Geschlechtskrankheitengesetz
- d) Glücksspielgesetz – GSpG
- e) Landes-Polizeigesetz
- f) Meldegesetz 1991 – MeldeG
- g) Sicherheitspolizeigesetz – SPG
(ausgenommen Beschwerden nach den §§ 88 und 89)
- h) Tiroler Buchmacher- und Totalisateurgesetz
- i) Tiroler Jugendschutzgesetz 1994
- j) Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003 – TVG
- k) Versammlungsgesetz 1953
- l) Waffengesetz 1996

Den Mitgliedern Dr. Alfred Stöbich, Dr. Monica Voppichler-Thöni, Mag. Theresia Kantner und Dr. Rudolf Rieser ist jeweils nur jeder zweite auf sie entfallende Geschäftsfall zuzuweisen.

§ 9a

Gruppe Beschwerdesachen

1. Dr. Rudolf Rieser
2. Dr. Ines Kroker
3. Mag. Christian Hengl

sind in dieser Reihenfolge alle Beschwerden gemäß den §§ 88 und 89 Sicherheitspolizeigesetz, alle Beschwerden wegen Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt und alle Beschwerden nach sonstigen Rechtsmaterien zuzuweisen.

Beschwerden, die sich auf eine Amtshandlung beziehen und mehrere Beschwerdeführer betreffen, sind ebenso wie Beschwerden, die vom selben Beschwerdeführer aufgrund mehrerer gegen ihn geführter Amtshandlungen eingebracht wurden, demselben Mitglied zuzuweisen, sofern das Zuständigkeitsbegründende Verfahren nicht bereits abgeschlossen ist.

1. Dr. Rudolf Rieser
2. Dr. Ines Kroker
3. Mag. Christian Hengl

sind in dieser Reihenfolge alle Verfahren nach § 80 und Beschwerden nach dem Fremdenpolizeigesetz 2005, sowie alle Beschwerden eine Wegweisung nach § 38a Sicherheitspolizeigesetz betreffend zuzuweisen.

§ 9b

Gruppe Fremdenwesen

1. Dr. Felizitas Schiessendoppler-Luchner
2. Dr. Rudolf Rieser

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden administrativrechtlichen Geschäftsfälle;

1. Dr. Felizitas Schiessendoppler Luchner
2. Dr. Rudolf Rieser

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden verwaltungsstrafrechtlichen Geschäftsfälle;

jeweils nach dem Fremdenpolizeigesetz 2005, dem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz sowie dem Passgesetz 1992 zuzuweisen.

§ 10

Gruppe Vergaberecht

1. Dr. Volker-Georg Wurdinger
2. Mag. Bettina Weissgatterer
3. Dr. Sigmund Rosenkranz

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle nach dem Tiroler Vergabenachprüfungsgesetz zuzuweisen.

Im Fall der dringenden Erlassung einer einstweiligen Verfügung im Rahmen der Vergabe von Aufträgen im Unterschwellenbereich sowie der Bekanntgabe der Verfahrenseinleitung samt Verständigungen vertritt bei Verhinderung sämtlicher Mitglieder dieser Gruppe Dr. Christoph Lehne das jeweils verhinderte Mitglied.

§ 11

Gruppe Umweltrecht

1. Dr. Christoph Lehne
2. Dr. Alexander Hohenhorst
3. Mag. Barbara Glieber
4. Mag. Gerold Dünser

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Abfallwirtschaftsgesetz 2002 – AWG 2002
- b) Altlastensanierungsgesetz
- c) Bundesluftreinhaltegesetz
- d) Bundes-Umwelthaftungsgesetz – B-UHG
- e) Immissionschutzgesetz-Luft (IG-L)
- f) Tiroler Abfallwirtschaftsgesetz
- g) Tiroler Nationalparkgesetz Hohe Tauern
- h) Tiroler Naturschutzgesetz 2005 – TNSchG 2005
- i) Tiroler Umwelthaftungsgesetz – T-UHG
- j) Tiroler Umweltinformationsgesetz 2005 – TUIG 2005
- k) Umweltinformationsgesetz – UIG
- l) Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 – UVP-G 2000

§ 12

Gruppe Anlagenrecht

1. Dr. Christoph Lehne
2. Dr. Alexander Hohenhorst
3. Dr. Franz Triendl
4. Ing. Mag. Herbert Peinstingl
5. Mag. Gerold Dünser

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden administrativrechtlichen Geschäftsfälle;

1. Dr. Christoph Lehne
2. Dr. Alexander Hohenhorst
3. Dr. Franz Triendl
4. Ing. Mag. Herbert Peinstingl
5. Mag. Gerold Dünser

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden verwaltungsstrafrechtlichen Geschäftsfälle;

jeweils aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Emissionsschutzgesetz für Kesselanlagen – EG-K
- b) Forstgesetz 1975
- c) Gewerbeordnung 1994 – GewO 1994
- d) Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen – LRG-K
- e) Mineralrohstoffgesetz – MinroG

- f) Produktsicherheitsgesetz 2004 – PSG 2004
- g) Rohrleitungsgesetz
- h) Strahlenschutzgesetz
- i) Tabakgesetz
- j) Tiroler Bauordnung 2001 – TBO 2001
- k) Tiroler Feuerpolizeiordnung 2008
- l) Tiroler Waldordnung
- m) Wasserrechtsgesetz 1959

§ 13

**Gruppe Verkehrsrecht II
und allgemeine Rechtssachen**

Geschäftsfälle, die nicht nach einer der vorstehenden Bestimmungen zuzuweisen sind, insbesondere auch Geschäftsfälle im Sinn des § 54a und 54b VStG, werden der Reihe nach abwechselnd folgenden Mitgliedern zugewiesen, wobei allerdings § 1 Abs. 3 zu berücksichtigen ist:

1. Dr. Albin Larcher
2. Dr. Klaus Dollenz
3. Dr. Christoph Lehne
4. Dr. Alois Huber
5. Dr. Alfred Stöbich
6. Dr. Martina Strele
7. Dr. Felizitas Schiessendoppler-Luchner
8. Dr. Volker-Georg Wurdinger
9. Dr. Monica Voppichler-Thöni
10. Dr. Alexander Hohenhorst
11. Mag. Theresia Kantner
12. Mag. Bettina Weissgatterer
13. Dr. Sigmund Rosenkranz
14. Dr. Franz Triendl
15. Mag. Barbara Glieber
16. Dr. Rudolf Rieser
17. Dr. Ines Kroker
18. Mag. Christian Hengl
19. Ing. Mag. Herbert Peinstingl
20. Mag. Gerold Dünser
21. Dr. Christian Visintainer

§ 14

Kammern

(1) In jenen Fällen, in denen nach den gesetzlichen Vorschriften eine Kammer zur Entscheidung berufen ist, entscheidet der Unabhängige Verwaltungssenat bei nachstehenden Geschäftsfällen in folgenden Kammern:

**a) Gruppe Berufsrecht nach § 4
und Sicherheitsrecht nach § 8:**

Kammer 1:

Vorsitz: Dr. Alois Huber
Weitere Mitglieder: Dr. Klaus Dollenz
Mag. Bettina Weissgatterer

**b) Gruppe Sicherheitsrecht nach § 8
sowie Beschwerdesachen nach § 9a
und Fremdenwesen nach § 9b:**

Kammer 2:

Vorsitz: Dr. Rudolf Rieser
Weitere Mitglieder: Dr. Volker-Georg Wurdinger
Mag. Gerold Dünser

**c) Gruppe Verkehrsrecht I nach § 6
und Sicherheitsrecht nach § 8:**

Kammer 3:

Vorsitz: Dr. Alfred Stöbich
Weitere Mitglieder: Dr. Martina Strele
Mag. Christian Hengl

d) Gruppe Vergaberecht nach § 10 sowie Verkehrsrecht II und allgemeine Rechtssachen nach § 13:

Kammer 4:

Vorsitz: Mag. Bettina Weissgatterer
Weitere Mitglieder: Dr. Volker-Georg Wurdinger
Dr. Sigmund Rosenkranz

**e) Gruppe Landwirtschaftsrecht nach § 7a,
Grundverkehrsrecht nach § 7b sowie
Geschäftsfälle nach dem Beamten- und
Lehrer-Kranken- und Unfallfürsorgegesetz:**

Kammer 5:

Vorsitz: Dr. Christian Visintainer
Weitere Mitglieder: Dr. Christoph Purtscher
Dr. Sigmund Rosenkranz

**f) Gruppe Umweltrecht nach § 11
(ausgenommen verwaltungsstrafrechtliche
Geschäftsfälle) und Anlagenrecht nach § 12:**

Kammer 6:

Vorsitz: Dr. Franz Triendl
Weitere Mitglieder: Mag. Ing. Herbert Peinstingl
Mag. Geold Dünser

**g) Gruppe Gefahrgutbeförderungsrecht nach § 5,
Umweltrecht nach § 11 (ausgenommen administrativ-
rechtliche Geschäftsfälle), Verkehrsrecht II und allge-
meine Rechtssachen nach § 13 sowie Geschäftsfälle
nach dem Tiroler Grundversorgungsgesetz:**

Kammer 7:

Vorsitz: Mag. Gerold Dünser
Weitere Mitglieder: Dr. Felizitas Schiessendoppler-Luchner
Dr. Christoph Lehne

(2) Kommen nach diesen Regelungen zwei Kammern zur Entscheidung in Betracht, so sind sie abwechselnd, beginnend jeweils mit der erstgenannten Kammer, zuständig.

Abschnitt III

§ 15

Vertretung in Einzelsachen

(1) Soweit der Unabhängige Verwaltungssenat durch ein Einzelmitglied zu entscheiden hat und keine anders lautende speziellere Vertretungsregelung besteht, wird ein Mitglied im Fall der Verhinderung jeweils von dem in den einzelnen Gruppen nach den §§ 4 bis 13 nächstangeführten, das letztgenannte wiederum vom erstangeführten Mitglied vertreten. Sollte auf diese Weise kein Vertreter zur Verfügung stehen, tritt an Stelle des verhinderten Mitgliedes das übernächstangeführte Mitglied usw. Sollte sodann in den Gruppen nach den §§ 4 bis 12 immer noch kein Vertreter zur Verfügung stehen, wird das betreffende Mitglied jeweils von dem in der Gruppe nach § 13 nächstangeführten, allenfalls übernächstangeführten Mitglied usw. vertreten.

(2) Dauert eine krankheitsbedingte Verhinderung mehr als 30 Tage, erfolgt die Zuweisung der Geschäftsfälle nach den vorstehenden Zuweisungsregeln ab diesem Zeitpunkt mit der Einschränkung, dass dem betroffenen Mitglied bis zur Beendigung der krankheitsbedingten Verhinderung keine weiteren Geschäftsfälle mehr zugewiesen werden. Dauert eine krankheitsbedingte Verhinderung mehr als 90 Tage, werden zudem alle dem betroffenen Mitglied zugewiesenen administrativ-rechtlichen Geschäftsfälle, in denen noch keine öffentliche mündliche Verhandlung stattgefunden hat, im Rahmen einer Sonderzuweisung, welche vor der täglichen Zuweisung zu erfolgen hat, neu zugewiesen. Sofern das betroffene Mitglied nach Beendigung der krankheitsbedingten Verhinderung die niedrigste Gesamtbewertungszahl aller Mitglieder aufweist, ist

für dieses Mitglied bei der weiteren Zuweisung von Geschäftsfällen nach den vorstehenden Zuweisungsregeln eine Gesamtbewertungszahl (§ 3) anzusetzen, die um einen Punkt unter der Gesamtbewertungszahl jenes oder jener Mitglieder mit der zu diesem Zeitpunkt zweitniedrigsten Gesamtbewertungszahl liegt.

(3) Im Fall der Befangenheit eines Einzelmitgliedes wird der betreffende Geschäftsfall nach Mitteilung der Befangenheit bei der nächsten täglichen Zuweisung neu zugewiesen, sofern keine anders lautende speziellere Regelung besteht. Abs. 1 gilt sinngemäß.

§ 16

Vertretung in Kammersachen

(1) Soweit der Unabhängige Verwaltungssenat in Tirol durch Kammern zu entscheiden hat, sind im Fall der Verhinderung oder Befangenheit des Vorsitzenden die in lit. a jeweils genannten Mitglieder als Ersatzvorsitzende heranzuziehen; sollte jedoch auch dann kein Vorsitzender zur Verfügung stehen, sind die in lit. b jeweils genannten Mitglieder in der Reihenfolge ihrer Reihung als Ersatzvorsitzende heranzuziehen. Im Fall der Verhinderung oder Befangenheit eines weiteren Mitgliedes sind die in lit. b jeweils genannten Mitglieder in der Reihenfolge ihrer Reihung als Ersatzmitglieder heranzuziehen; sollte auch dann kein Mitglied zur Verfügung stehen, sind die in § 13 angeführten Mitglieder in der Reihenfolge ihrer Reihung, beginnend mit dem erstangeführten Mitglied, als Ersatzmitglieder heranzuziehen.

Kammer 1:

Ersatzmitglieder

- a) für den Vorsitzenden
- b) für die weiteren Mitglieder
- a) Dr. Rudolf Rieser
- b) Dr. Sigmund Rosenkranz
- Mag. Theresia Kantner

Kammer 2:

Ersatzmitglieder

- a) für den Vorsitzenden
- b) für die weiteren Mitglieder
- a) Dr. Alois Huber
- b) Dr. Christoph Purtscher
- Dr. Albin Larcher

Kammer 3:

Ersatzmitglieder

- a) für den Vorsitzenden
- b) für die weiteren Mitglieder
- a) Dr. Franz Triendl
- b) Dr. Christian Visintainer
- Dr. Albin Larcher

Kammer 4:

Ersatzmitglieder

- a) für den Vorsitzenden
- b) für die weiteren Mitglieder
- a) Dr. Christoph Lehne
- b) Dr. Christoph Purtscher
- Dr. Alois Huber

Kammer 5:

Ersatzmitglieder

- a) für den Vorsitzenden
- b) für die weiteren Mitglieder
- a) Dr. Rudolf Rieser
- b) Dr. Martina Strele
- Dr. Albin Larcher

Kammer 6:

Ersatzmitglieder

- a) für den Vorsitzenden
- b) für die weiteren Mitglieder
- a) Dr. Christoph Lehne
- b) Mag. Barbara Glieber
- Dr. Alexander Hohenhorst

Kammer 7:

Ersatzmitglieder

- a) für den Vorsitzenden
- b) für die weiteren Mitglieder
- a) Dr. Franz Triendl
- b) Dr. Alexander Hohenhorst
- Mag. Ing. Herbert Peinstingl

(2) Im Fall der Befangenheit des Kammervorsitzenden ist nach Mitteilung der Befangenheit der Ersatzvorsitzende entsprechend den vorstehenden Regeln vom Vorsitzenden ausdrücklich zu bestimmen. Darüber hinaus hat zu Beginn der nächsten täglichen Zuweisung eine gesonderte Bewertung im Sinn des § 3 Abs. 1 zu erfolgen.

§ 17

Dokumentation der Entscheidungen

Die Dokumentation der Entscheidungen des Unabhängigen Verwaltungssenates erfolgt unter der Leitung von Dr. Sigmund Rosenkranz in Absprache mit den einzelnen Kammervorsitzenden. Im Fall seiner Verhinderung wird er dabei von Dr. Christoph Lehne vertreten.

§ 18

Geschlechtsspezifische Bezeichnung

Soweit in dieser Geschäftsverteilung für die Bezeichnung von Funktionen die männliche Form verwendet wird, ist für den Fall, dass eine Frau eine solche Funktion innehat, für die Bezeichnung der Funktion die entsprechende weibliche Form zu verwenden.

§ 19

Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

(1) Diese Geschäftsverteilung tritt mit 1. Jänner 2013 in Kraft. Für alle zu diesem Zeitpunkt zugewiesenen Geschäftsfälle gilt, soweit nicht anderes bestimmt ist, jene Geschäftsverteilung, die zum Zeitpunkt der Zuweisung dieser Geschäftsfälle in Geltung stand.

(2) Sind in einem abgeschlossenen Verfahren eines Mitgliedes, das sich im Mutterschutz bzw. in Karenz befindet oder dem Personalstand des Unabhängigen Verwaltungssenates nicht mehr angehört, neuerlich Erledigungen zu treffen, so ist dieser Geschäftsfall im Sinn des § 1 Abs. 3 neu zuzuweisen.

(3) Sind in einem abgeschlossenen Verfahren einer Kammer neuerlich Erledigungen zu treffen und befindet sich zumindest eines der entscheidenden Mitglieder im Mutterschutz bzw. in Karenz oder gehört zumindest ein Mitglied nicht mehr dem Personalstand des Unabhängigen Verwaltungssenates an, so ist dieser Geschäftsfall im Sinn des § 1 Abs. 3 neu zuzuweisen.

Innsbruck, 12. Dezember 2012
*Der Vorsitzende des Unabhängigen
 Verwaltungssenates in Tirol:*
Dr. Christoph Purtscher

Nr. 1057 • Amt der Tiroler Landesregierung • Vid2-1905-4/81-2012

OFFENES VERFAHREN

Bekanntmachung über ein offenes Verfahren gemäß § 46 Abs. 1 BVergG 2006 mit Bekanntmachung einer Vorinformation gemäß § 61 BVergG 2006 im Oberschwellenbereich mit verkürzter Stillhaltefrist von einer Woche

Glaserarbeiten

Ausschreibende Stelle: Land Tirol, vertreten durch das Amt der Tiroler Landesregierung, Gruppe Bau und Technik, Abteilung Hochbau, 6020 Innsbruck, Herrengasse 1–3.

Auftragsbezeichnung: Tiroler Bildungsinstitut Grillhof, Generalsanierung/Zu- und Umbau Wirtschaftsgebäude.

Erfüllungsort: Vill, Grillhofweg 100.

Die Anbotsunterlagen sowie die nachfolgend angeführten Beilagen können unter <http://www.tirol.gv.at/ausschreibungen> kostenlos im PDF-Format heruntergeladen, ausgedruckt und für die Angebotsabgabe verwendet werden:

a) Einladungsschreiben zur Anbotsabgabe, Angebotschreiben mit Leistungsverzeichnis und den Angebotsbedingungen, Sige-Plan, Einreichpläne, Statikplan für Leistungsverzeichnis und Skizzen, Bescheide, Haustechnikangaben für das Leistungsverzeichnis, Beschriftungsschild für das Abgabeküvert, Pflichtenblatt für Datenträgeraustausch,

b) ÖNORM-LV-Datendatei (DTA) für den Datenträgeraustausch.

Abgabetermin: Die Anbote müssen bis spätestens 15. Jänner 2013, 11 Uhr, in einem mit dem vorgesehenen Beschriftungsschild versehenen, verschlossenen Umschlag beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abt. Hochbau, 6020 Innsbruck, Herrengasse 1–3, 2. Stock, Zimmer 228, vorliegen, wo anschließend auch die Anbotseröffnung stattfindet.

Später einlangende Anbote werden nicht berücksichtigt.

Innsbruck, 14. Dezember 2012

Für das Land Tirol: Dipl.-Ing. Probst

Nr. 1058 • Amt der Tiroler Landesregierung • Vid2-1905-4/82-2012

OFFENES VERFAHREN

Bekanntmachung über ein offenes Verfahren gemäß § 46 Abs. 1 BVergG 2006 mit Bekanntmachung einer Vorinformation gemäß § 61 BVergG 2006 im Oberschwellenbereich mit verkürzter Stillhaltefrist von einer Woche

Schlosserarbeiten – Brandschutzportale

Ausschreibende Stelle: Land Tirol, vertreten durch das Amt der Tiroler Landesregierung, Gruppe Bau und Technik, Abteilung Hochbau, 6020 Innsbruck, Herrengasse 1–3.

Auftragsbezeichnung: Tiroler Bildungsinstitut Grillhof, Generalsanierung/Zu- und Umbau Wirtschaftsgebäude.

Erfüllungsort: Vill, Grillhofweg 100.

Die Anbotsunterlagen sowie die nachfolgend angeführten Beilagen können unter <http://www.tirol.gv.at/ausschreibungen> kostenlos im PDF-Format heruntergeladen, ausgedruckt und für die Angebotsabgabe verwendet werden:

a) Einladungsschreiben zur Anbotsabgabe, Angebotschreiben mit Leistungsverzeichnis und den Angebotsbedingungen, Sige-Plan, Einreichpläne, Statikplan für Leistungsverzeichnis und Skizzen, Bescheide, Haustechnikangaben für das Leistungsverzeichnis, Beschriftungsschild für das Abgabeküvert, Pflichtenblatt für Datenträgeraustausch,

b) ÖNORM-LV-Datendatei (DTA) für den Datenträgeraustausch.

Abgabetermin: Die Anbote müssen bis spätestens 15. Jänner 2013, 11 Uhr, in einem mit dem vorgesehenen Beschriftungsschild versehenen, verschlossenen Umschlag beim Amt

der Tiroler Landesregierung, Abt. Hochbau, 6020 Innsbruck, Herrengasse 1–3, 2. Stock, Zimmer 228, vorliegen, wo anschließend auch die Anbotseröffnung stattfindet.

Später einlangende Anbote werden nicht berücksichtigt.

Innsbruck, 14. Dezember 2012

Für das Land Tirol: Dipl.-Ing. Probst

Nr. 1059 • Gemeinde Flauring

OFFENES VERFAHREN

im Oberschwellenbereich

Bau und Lieferung eines Tanklöschfahrzeuges

Auftraggeber und vergebende Stelle: Gemeinde Flauring, 6403 Flauring, Salzstraße 12.

Leistungszeitraum: 2013/2014, spätestens 14 Monate ab schriftlicher Auftragserteilung.

Ausgabe der Unterlagen: Gemeinde Flauring, 6403 Flauring, Salzstraße 12. Die Ausschreibungsunterlagen sind schriftlich anzufordern – E-Mail: gemeinde@flauring.tirol.gv.at

Teilnahmebedingungen: Unternehmen mit entsprechender Befugnis, die nach Art und Umfang vergleichbare Leistungen bereits ausgeführt haben. Nachweise gemäß den Vergabeverfahrensbestimmungen.

Abgabe der Angebote: bis 11. März 2013, 11 Uhr.

Abgabeort: Gemeinde Flauring, Salzstraße 12, 6403 Flauring.

Anbotseröffnung: 11. März 2013, 11.30 Uhr, im Gemeindeamt Flauring, Sitzungszimmer, 6403 Flauring, Salzstraße 12.

Zuschlagsfrist: 90 Tage ab Anbotseröffnung.

Flauring, 11. Dezember 2012

Nr. 1060 • Abfallwirtschaftsverband Osttirol

OFFENES VERFAHREN

Bauleistungen

Bauvorhaben: Deponie Lavant – Oberflächenabdichtung Ausbaustufe 1 und 2.1/Basisabdichtung Ausbaustufe 2.2.

Öffentlicher Auftraggeber: Abfallwirtschaftsverband Osttirol, Amlacher Straße 2, 9900 Lienz.

Ausschreibende Stelle: Planungsgemeinschaft ILF/Passer & Partner.

Leistungsumfang: ca. 2.400 m² Oberflächenabdichtung und ca. 4.300 m² Basisabdichtung.

Bauzeit: März bis August 2013.

LV-Unterlagen und Auskünfte: Die Ausschreibungsunterlagen sind ab dem 20. Dezember 2012, 15 Uhr, bis einschließlich 25. Jänner 2013, 17 Uhr, gegen ein Entgelt von € 17,- pro Download von der Ausschreibungsdatenbank (<http://www.ausschreibung.at>) herunterzuladen.

Nähere Auskünfte sind beim Ing.-Büro Passer & Partner, 9900 Lienz, Hauptplatz 9, E-Mail: g.berger@passer.at, Tel. 04852/62228, Fax DW 2, erhältlich und ebenso ist auf schriftliche Anfrage ein Postversand der Ausschreibungsunterlagen auf CD-Rom gegen ein Entgelt von € 30,- inkl. MWSt. möglich (Postlauf mindestens drei Tage).

Die Ausschreibungsunterlagen sind vollständig auszudrucken und als Abgabeunterlagen entsprechend den Angebotsbedingungen zu verwenden.

Teil-, Abänderungs- und Alternativangebote sind nicht zulässig.

Weitere Bedingungen siehe Ausschreibungsunterlagen.

Angebotsabgabe: Die Angebote sind in einem verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift „Abfallwirtschaftsverband

Osttirol – Stilllegung Ausbaustufe 1 + 2.1 / Inbetriebnahme Ausbaustufe 2.2, Ausschreibung Abdichtungsarbeiten, Nicht vorzeitig öffnen!“ bis spätestens Freitag, den 1. Februar 2013, 10 Uhr, einzureichen. Die Angebotsöffnung findet um 10 Uhr im Beisein der Bieter statt.

Abgabeort: Abfallwirtschaftsverband Osttirol, Amlacher Straße 2, 9900 Lienz.

Zuschlagsfrist: drei Monate nach Ablauf der Angebotsfrist.

Anerkennungs- oder Gleichhaltungsbescheid: Auf das allfällige Erfordernis einer behördlichen Entscheidung betreffend die Berufsqualifikation ausländischer Bieter gemäß § 20 BVergG 2006, BGBl. I Nr. 17/2006, in der jeweils geltenden Fassung, wird ausdrücklich hingewiesen.

Lienz, 13. Dezember 2012

*Für den Abfallwirtschaftsverband Osttirol:
Geschäftsführer Oswald Kuenz*

Nr. 1061 • Innsbrucker Immobilien GmbH & Co KG

OFFENES VERFAHREN

Zimmermeisterarbeiten

Trockenbauarbeiten

Ausschreibende Stelle: Innsbrucker Immobilien GmbH & Co KG, 6020 Innsbruck, Roßaugasse 4, Tel. 0512/4004-300, Fax 0512/4004-44300, E-Mail: e.ploerer@iig.at

Gegenstand der Ausschreibung: Sonderpädagogisches Zentrum (SPZ), Hutterweg 1a in Innsbruck.

Zuschlagsfrist: sieben Monate.

Vergabe: Die Aufträge werden ohne erneuten Aufruf der Parteien zum Wettbewerb vergeben.

Ausschreibungsunterlagen: Die Unterlagen werden ab 20. Dezember 2012 unter <http://www.ausschreibung.at> zum Download bereitgestellt.

Einreichfrist: Die Angebote müssen in einem verschlossenen Umschlag mit der betreffenden Bezeichnung der Ausschreibung bis längstens 14. Jänner 2013, 10.30 Uhr, bei der IIG eingelangt sein.

Angebotsöffnung: Die Öffnung der Angebote erfolgt anschließend um 11 Uhr beim Auftraggeber (2. OG, Sitzungsraum). Bieter können bei der Angebotsöffnung anwesend sein.

Bewerberkreis: Unternehmen mit entsprechender Befugnis und Nachweis der allgemeinen beruflichen Zuverlässigkeit, der technischen Leistungsfähigkeit und der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die nach Art und Umfang vergleichbare Leistungen bereits erfüllt haben.

Innsbruck, 14. Dezember 2012

Die Geschäftsführung

Nr. 1062 • Innsbrucker Immobilien GmbH & Co KG

OFFENES VERFAHREN

Baumeisterarbeiten

(Rahmenvereinbarung mit vier Firmen)

Elektroarbeiten

(Rahmenvereinbarung mit vier Firmen)

Kaminsanierung

(Rahmenvereinbarung mit drei Firmen)

Maler- und Anstreicherarbeiten

(Rahmenvereinbarung mit vier Firmen)

Ausschreibende Stelle: Innsbrucker Immobilien GmbH & Co KG, 6020 Innsbruck, Rossaugasse 4, Tel. 0512/4004-300, Fax 0512/4004-44-300, E-Mail: e.ploerer@iig.at

Gegenstand der Ausschreibung: Rahmenvereinbarung

für Arbeiten an Objekten, die im Eigentum der Innsbrucker Immobilien GmbH & Co KG stehen.

Zuschlagsfrist: sieben Monate.

Vergabe: Die Aufträge werden ohne erneuten Aufruf der Parteien zum Wettbewerb vergeben.

Ausschreibungsunterlagen: Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 20. Dezember 2012 unter <http://www.ausschreibung.at> zum Download bereit gestellt.

Einreichfrist: Die Angebote müssen in einem verschlossenen Umschlag mit der betreffenden Bezeichnung der Ausschreibung bis längstens 28. Jänner 2013, 10.30 Uhr, bei der IIG eingelangt sein.

Angebotsöffnung: Die Öffnung der Angebote erfolgt anschließend um 11 Uhr beim Auftraggeber (2. OG., Sitzungsraum). Bieter können bei der Angebotsöffnung anwesend sein.

Bewerberkreis: Unternehmen mit entsprechender Befugnis und Nachweis der allgemeinen beruflichen Zuverlässigkeit, der technischen, finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die nach Art und Umfang vergleichbare Leistungen bereits erfüllt haben.

Innsbruck, 13. Dezember 2012

Die Geschäftsführung

Nr. 1063 • Innsbrucker Immobilien GmbH & Co KG

OFFENES VERFAHREN

Sanitäre und Heizung

(Rahmenvereinbarung mit vier Firmen)

Bodenbeläge

(Rahmenvereinbarung mit drei Firmen)

Bautischlerarbeiten Türen

(Rahmenvereinbarung mit drei Firmen)

Fliesenlegerarbeiten

(Rahmenvereinbarung mit drei Firmen)

Baureinigung

(Rahmenvereinbarung mit drei Firmen)

Feuerlöscher

(Rahmenvereinbarung mit einer Firma)

Ausschreibende Stelle: Innsbrucker Immobilien GmbH & Co KG, 6020 Innsbruck, Rossaugasse 4, Tel. 0512/4004-300, Fax 0512/4004-44-300, E-Mail: e.ploerer@iig.at

Gegenstand der Ausschreibung: Rahmenvereinbarung für Arbeiten an Objekten, die im Eigentum der Innsbrucker Immobilien GmbH & Co KG stehen.

Zuschlagsfrist: sieben Monate.

Vergabe: Die Aufträge werden ohne erneuten Aufruf der Parteien zum Wettbewerb vergeben.

Ausschreibungsunterlagen: Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 20. Dezember 2012 unter <http://www.ausschreibung.at> zum Download bereit gestellt.

Einreichfrist: Die Angebote müssen in einem verschlossenen Umschlag mit der betreffenden Bezeichnung der Ausschreibung bis längstens 29. Jänner 2013, 10.30 Uhr, bei der IIG eingelangt sein.

Angebotsöffnung: Die Öffnung der Angebote erfolgt anschließend um 11 Uhr beim Auftraggeber (2. OG., Sitzungsraum). Bieter können bei der Angebotsöffnung anwesend sein.

Bewerberkreis: Unternehmen mit entsprechender Befugnis und Nachweis der allgemeinen beruflichen Zuverlässigkeit, der technischen, finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die nach Art und Umfang vergleichbare Leistungen bereits erfüllt haben.

Innsbruck, 13. Dezember 2012

Die Geschäftsführung

Nr. 1064 • Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahnhof GmbH

OFFENES VERFAHREN
im Oberschwellenbereich

Bauleistung

Auftraggeber: Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahnhof GmbH, 6020 Innsbruck, Pastorstraße 5.

Auftragsbezeichnung: Verlängerung Straßenbahnlinie 3, Sillpark bis Leipziger Platz.

Gegenstand des Auftrags: Im Zuge der Umsetzung des Straßenbahn- bzw. Regionalbahnkonzeptes soll der Straßenbahnbetrieb in der Stadt Innsbruck ausgebaut werden. Das vorliegende Projekt umfasst einen Teil der erforderlichen Umbaumaßnahmen im Stadtzentrum von Innsbruck im Bereich Amraser Straße im Abschnitt Sillpark bis Leipziger Platz.

Gegenstand der Ausschreibung sind die erforderlichen Gleisbau-, Erdbau-, Beton-, Steinverlege-, Asphaltierungs-, Kabeltiefbau- und Entwässerungsarbeiten. Es werden Haltestellen als Insel- bzw. Kaphaltestellen errichtet.

Die Gleislieferung ist nicht Teil der Leistung.

Länge der zu verlegenden neuen Gleise: ca. 1.200 lfm,

Gleiskreuzungen: vier,

Weichen: zwölf,

Schienenauzugsvorrichtungen: zwei,

Haltestellen: fünf, Länge je ca. 60 m,

Bordsteine: ca. 3.800 lfm,

Straßenflächen und Gehsteige: ca. 13.500 m².

Abgabetermin: 24. Jänner 2013, 10 Uhr.

CPV-Codes: 45234121, 45234126, 45234128.

Projekt-Nummer: 13_IVB_02I.

Auskünfte und Unterlagen sind erhältlich im Internet unter <https://ivb.vemap.com/home/bekannt/anzeigen.html?annID=2> Innsbruck, 14. Dezember 2012

Nr. 1066 • ÖBB-Shared Service Center GmbH

VERHANDLUNGSVERFAHREN

Lieferung von Dieselkraftstoff

Ausschreibende Stelle: ÖBB-Shared Service Center GmbH, Clemens-Holzmeister-Straße 6, 1100 Wien.

Auftragsbezeichnung: Dieselkraftstoff für RCA LC Wels und Wolfurt.

Gegenstand des Auftrags: Gegenstand des Vergabeverfahrens bildet die Lieferung von Dieselkraftstoff EN 590 10ppm mit FAME für die Logistikzentren der Rail Cargo Austria AG in AT-4600 Wels und in AT-6922 Wolfurt. Die Menge je Standort und Lieferung beträgt ca. 4.500 bis 5.000 Liter, wobei ca. 1–2 × pro Woche geliefert wird. Die Vergabe erfolgt in Losen (Los 1 = Wels; Los 2 = Wolfurt), wobei ein Bieter auch den Zuschlag für beide Lose erlangen kann.

Erfüllungsort: Wels und Wolfurt.

Ausschreibungsunterlagen/Teilnahmeanträge sind erhältlich bis 3. Jänner 2013, 12 Uhr.

Abgabetermin: 9. Jänner 2013, 15 Uhr.

Datum der Versendung der Bekanntmachung zur Veröffentlichung im Amtsblatt der EU: 12. Dezember 2012.

L-518572-2c12

Wien, 13. Dezember 2012

Nr. 1065 • Gemeindeverband Bezirkskrankenhaus Kufstein

VERHANDLUNGSVERFAHREN

im Unterschwellenbereich

Sanierung Hubschrauberplattform

Gegenstand: Herstellen, liefern und montieren einer Hubschrauberplattform (Abmessungen ca. 20 × 25 m) als Aluminiumkonstruktion mit hydraulischer Flächenheizung.

Bauvorhaben: Bezirkskrankenhaus Kufstein – Sanierung Hubschrauberlandeplatz.

Auftraggeber: Gemeindeverband Bezirkskrankenhaus Kufstein, Endach 27, 6330 Kufstein.

Baumanagement: Jastrinsky GmbH & Co KG, Nußdorfer Straße 2–4, 5020 Salzburg, Tel. +43/(0)662/822757.

Leistungszeitraum: März bis August 2013.

Ablauf des Verfahrens: Vor Zusendung der Ausschreibungsunterlagen muss eine entsprechende Eigenerklärung für den Nachweis der Eignung vorliegen.

Das Antragsformular zur Eigenerklärung kann ausschließlich unter (<http://www.jastrinsky.at/home/unterlagen/ausschreibungen>) kostenlos heruntergeladen werden.

Die Ausschreibungsunterlagen werden ab 18. Jänner 2013 zur Verfügung gestellt.

Abgabetermin: Freitag, 15. Februar 2013, 12 Uhr.

Kufstein, 14. Dezember 2012

Nr. 1067 • TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG

AUFRUF ZUM WETTBEWERB

Lieferung von 10, 20, 30/0,4 kV-Kompaktstationen

Auftraggeber:

- TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG, vertreten durch die TIWAG-Netz AG, Eduard-Wallnöfer-Platz 2, 6020 Innsbruck,
- Elektrizitätswerke Reutte AG, Großfeldstraße 10–14, 6600 Reutte,
- Innsbrucker Kommunalbetriebe AG, Salurner Straße 11, 6020 Innsbruck, sowie
- Mitglieder der Energie West Service und Management GmbH.

Ausschreibende Stelle: TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG, Zentraler Einkauf, Eduard-Wallnöfer-Platz 2, 6020 Innsbruck.

Beschreibung: Lieferung von 10, 20, 30/0,4 KV-Kompaktstationen in Blech- oder Betonausführung im Raum Tirol.

Verfahren: Verhandlungsverfahren nach vorherigem Aufruf zum Wettbewerb.

Ausführungs-/Lieferzeitraum: Mengenkontrakt für zwölf Monate mit Verlängerungsoption um dreimal ein weiteres Jahr.

Teilnahmebedingungen: siehe Veröffentlichung im EU-Amtsblatt (Datum der Absendung an das EU-Amtsblatt: 11. Dezember 2012).

Eingang der Teilnahmeanträge: bis spätestens Montag, den 7. Jänner 2013, 12 Uhr, bei u. a. Adresse.

Informationen/Anforderung: TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG, Zentraler Einkauf, Maria Riedl, Tel. +43/(0)50607-21400, Fax +43/(0)50607-41677, E-Mail: (ausschreibung@tiwag.at) Innsbruck, 11. Dezember 2012

Nr. 1068 • TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG

AUFRUF ZUM WETTBEWERB

Lieferung von Mittelspannungsschaltgeräten und -schaltanlagen

Auftraggeber:

- TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG, vertreten durch die TIWAG-Netz AG, Eduard-Wallnöfer-Platz 2, 6020 Innsbruck,
- Elektrizitätswerke Reutte AG, Großfeldstraße 10–14, 6600 Reutte,
- Innsbrucker Kommunalbetriebe AG, Salurner Straße 11, 6020 Innsbruck, sowie
- Mitglieder der Energie West Service und Management GmbH.

Ausschreibende Stelle: TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG, Zentraler Einkauf, Eduard-Wallnöfer-Platz 2, 6020 Innsbruck.

Beschreibung: Lieferung von diversen Mittelspannungsschaltgeräten und -schaltanlagen.

Verfahren: Verhandlungsverfahren nach vorherigem Aufruf zum Wettbewerb.

Ausführungs-/Lieferzeitraum: Mengenkontrakt für zwölf Monate mit Verlängerungsoption um dreimal ein weiteres Jahr.

Teilnahmebedingungen: siehe Veröffentlichung im EU-Amtsblatt (Datum der Absendung an das EU-Amtsblatt: 11. Dezember 2012).

Eingang der Teilnahmeanträge: bis spätestens Montag, den 7. Jänner 2013, 12 Uhr, bei u. a. Adresse.

Informationen/Anforderung: TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG, Zentraler Einkauf, Maria Riedl, Tel. +43/(0)50607-21400, Fax +43/(0)50607-41677, E-Mail: ausschreibung@tiwag.at
Innsbruck, 11. Dezember 2012

Nr. 1069 • Neue Heimat Tirol

ÖFFENTLICHE AUSSCHREIBUNG

Baumeisterarbeiten Elektroinstallationen Photovoltaikarbeiten

Sanitär-, Heizungs- und Lüftungsinstallationen für die Wohnanlage Innsbruck (IN 168) – Kranebitter Allee (26 Mietwohnungen + TG-Plätze)

Ausschreibende Stelle: Neue Heimat Tirol, Gemeinnützige WohnungsGmbH, 6023 Innsbruck, Gumpstraße 47.

Unterlagen: Die Angebotsunterlagen können bis einschließlich 23. Jänner 2013 von der Ausschreibungsdatenbank unter <http://www.ausschreibung.at> gegen ein Entgelt von maximal € 17,- je Download heruntergeladen werden.

Angebotsabgabe:

Abgabeort: Neue Heimat Tirol, Gumpstraße 47, 6023 Innsbruck.

Abgabetermin: bis spätestens Mittwoch, den 23. Jänner 2013, 14.00 Uhr.

Die Angebotseröffnung erfolgt öffentlich am 23. Jänner 2013, um 15.00 Uhr, im Bürogebäude der Neuen Heimat Tirol, 4. Stock.

Bewerberkreis: Unternehmen mit entsprechender Befugnis und Nachweis der allgemeinen beruflichen Zuverlässigkeit und der technischen Leistungsfähigkeit, die nach Art und Umfang vergleichbare Leistungen bereits ausgeführt haben.

Innsbruck, 13. Dezember 2012

Die Geschäftsführung:

Dir. Dipl.-Ing. (FH) Alois Leiter Prof. Dr. Klaus Lugger

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.
Vertr.-Nr. GZ 02Z030079 W DVR 0059463

Herausgeber: Amt der Tiroler Landesregierung, 6010 Innsbruck

Erscheint jeden Mittwoch. Redaktionsschluss: Freitag, 12 Uhr.

Bezugsgebühr € 60,- jährlich.

Einschaltungen nach Tarif.

Verwaltung und Vertrieb: Landeskanzleidirektion,
Innsbruck, Neues Landhaus,

Tel. 0512/508-2182 – Fax 0512/508-2185 – E-Mail: bote@tirol.gv.at

Redaktion: Innsbruck, Landhaus,

Tel. 0512/508-2184 – Fax 0512/508-2185 – E-Mail: bote@tirol.gv.at

Internet: www.tirol.gv.at/bote

Druck: Eigendruck